

GR HR DI Georg Topf

12.12.2024

ABÄNDERUNGSANTRAG

Betreff: TOP 37 - 2-gleisiger Ausbau Straßenbahnlinie 1 Hilmteichstraße; Durchführungsbeschluss Projektgenehmigung über 20,322 Mio. € für den Zeitraum 2024-2029

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Grundsätzlich sind Initiativen zur Attraktivierung und Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs in Graz zu begrüßen. Jedoch muss einerseits die Finanzierbarkeit vorausschauend gesichert sein und andererseits sind insbesondere auch die konkreten baulichen Umsetzungsmaßnahmen immer den örtlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen anzupassen. Das ist bei der vorliegenden Planung allerdings nicht ausreichend gegeben, ebenso hat eine versprochene Bürger:innenbeteiligung bis dato nicht stattgefunden, lediglich eine Bürger:inneninformation mit einem Folder ohne Details. Aus unserer Sicht sind daher vor allem folgende Maßnahmen auch nach Anhörung der betroffenen Bevölkerung im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung des Bezirksrates Mariatrost am 02.12.2024 äußerst kritisch zu betrachten (insbesondere auch LKH-Zu- und Abfahrten, sowie die Verkehrsführungen während der langen Bauzeit von ca. 2,5 Jahren) und einer zu fordernden tiefergehenden Variantenprüfung, Begründung und Beurteilung zu unterziehen:

1. Problematischer Mischverkehr Straßenbahn und PKW, LKW, Busse etc. mit absehbaren Stausituationen.
2. Entfall der Parkplätze stadtauswärts im Bereich des Hilmteichschlößls (Lederleitner, Purberg).
3. Linksabbiegeverbot stadteinwärts von der Hilmteichstraße in die Stenggstraße mit weitreichenden Umweg-, Ausweich- und Umgehungsfahrten aus der Mariatroster Straße über enge Gassen und eine zu öffnende Straßenbahnkreuzung im kleinstrukturierten Wohngebiet, Umdrehen der Einbahnen im Lindenhofweg, Dr. Bruno-Ertler-Straße und Joseph-Marx-Straße, Verbot der Ausfahrt von der Stenggstraße in die Hilmteichstraße.
4. Rechtsabbiegeverbot stadteinwärts aus der Hilmteichstraße in die Schubertstraße ebenfalls verbunden mit weitreichenden Umweg- und Umgehungsfahrten über die Heinrichstraße und die enge Hilmgasse.
5. Linksabbiegeverbot stadtauswärts vom LKH kommend in die Schubertstraße wiederum verbunden mit weitreichenden Umweg- und Umgehungsfahrten über die Auersperggasse und die engen Holtei- und Lenaugassen.
6. Abbruch der bestehenden öffentlichen WC-Anlage südlich des Hilmteichschlößls.

Aus den oben genannten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

1. Prüfung der Führung einer Trasse der Linie 1 im Mischverkehr stadteinwärts in westlicher Seitenlage, damit stadtauswärts eine getrennte Verkehrsführung der Straßenbahn und des Individualverkehrs im Bestand beibehalten werden kann mit der Haltestelle Schönbrunngrasse stadtauswärts in Form einer Insellösung.
2. Erhalt der Parkplätze im Bereich des Hilmteichschlößels bis zur Unteren Schönbrunngrasse. Dafür wäre es erforderlich, die Weiterführung des Radwegs in diesem Abschnitt in den Grenzstreifen des Landschaftsschutzgebietes zu verlegen. Bei der Trassierung ist besondere Rücksichtnahme auf die Erholungssuchenden und die Kinder zu legen.
3. Beibehaltung des Linksabbiegers aus der Hilmteichstraße in die Stenggstraße und der geschlossenen Straßenbahnkreuzung. Dadurch soll verhindert werden, dass das kleinstrukturierte Wohngebiet durch zusätzlichen Umweg-, Ausweich- und Umgehungsverkehr aus der Mariatroster Straße belastet wird und auch die dort zahlreichen Fußgänger:innen, Läufer:innen und Radfahrer:innen gefährdet werden.
4. Belassung des stadteinwärts führenden Rechtsabbiegers für den Individualverkehr aus der Hilmteichstraße in die Schubertstraße, der Umwegverkehr über die Heinrichstraße und über die enge Hilmgasse würde entfallen.
5. Ermöglichung des Linksabbiegers vom LKH kommend in die Schubertstraße. Dadurch würde sich ein Umweg vom LKH kommend über die Auersperggasse und anschließend über enge Gassen stadteinwärts in die Schubertstraße erübrigen.
6. Ersatz der gemäß vorliegender Planung abzubrechenden WC-Anlage südlich des Hilmteichschlößels.

Diese wohl überlegten Anregungen und konkreten Forderungen mögen jedenfalls nochmals geprüft und im Einvernehmen mit den Bezirksrät:innen Mariatrost und Geidorf sowie mit der betroffenen Bevölkerung im Rahmen einer Bürgerbeteiligung in einen überarbeiteten Planungsvorschlag einfließen und als Zwischenbericht bis zur Februarsitzung vorgelegt werden.